

Chris Methmann/ Hendrik Sander/ Jutta Sundermann **Power to the people!**



Den Stromkonzernen den Stecker ziehen

Chris Methmann/Hendrik Sander/Jutta Sundermann
Power to the People!

Dieses Buch ist im Rahmen der Stromkonzernkampagne von Attac entstanden. Alle Autorinnen und Autoren waren oder sind aktiv in der Kampagne.

Chris Methmann, Jahrgang 1981, ist Politikwissenschaftler an der Universität Hamburg und promoviert zur internationalen Klima- und Entwicklungspolitik. Er ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Unter anderem organisiert er den alle zwei Jahre stattfindenden Umweltkongress McPlanet.com.

Hendrik Sander, Jahrgang 1981, ist Sozialwissenschaftler. Er ist aktiv im Arbeitsschwerpunkt zu sozialer Ökologie der Bundeskoordination Internationalismus. Im Sommer 2008 organisierte er das Klimacamp in Hamburg mit.

Jutta Sundermann, Jahrgang 1971, ist freie Publizistin, Bewegungsarbeiterin und Mitglied des Attac-Koordinierungskreises. Nach ihrem Engagement in der Jugendumweltbewegung gründete sie 2000 Attac in Deutschland mit.

Der Beitrag »Europa sucht den Superkonzern« (S. 46-50) wurde verfasst von *Stephan Lindner*. Er arbeitet als freiberuflicher Programmierer und war von 2005 bis 2007 Mitglied im Attac-Koordinierungskreis. Der Beitrag »Versorgung zurückerobern: Rekommunalisierung im Trend« (S. 64-66) stammt von *Rüdiger Heescher*. Er arbeitet für die Dachkampagne »Öffentlich weil's wichtig ist für alle« von der Partei DIE LINKE. Die Beiträge »Enteignen – darf man das?« (S. 66-71) und »Von demokratischer Kontrolle zur Energiedemokratie« (S. 73-76) wurden von *Roman Denter* verfasst. Er ist Volljurist, berät Nichtregierungsorganisationen und ist beim Aktionsbündnis Gerechter Welthandel aktiv. *Walter Oswald* (siehe Kasten, S. 74) ist Dozent an der Universität Köln, Sozialphilosoph und Publizist. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

AttacBasisTexte 31

**Chris Methmann
Hendrik Sander
Jutta Sundermann
Power to the People!
Den Stromkonzernen
den Stecker ziehen**

VSA: Verlag Hamburg

www.attac.de

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: Am 17. März 2008 in Berlin vor dem Bundeskanzleramt
anlässlich eines kleinen Energiegipfels der Kanzlerin mit den Stromriesen:
Forderung nach Verstaatlichung der Stromnetze (Foto: Jakob Huber)
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt
ISBN: 978-3-89965-308-3

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Grundlagen: Reise durch das Vierstromland	9
Wie alles begann: Kurze Geschichte der Stromwirtschaft	9
In den Hauptrollen: Die vier Energieriesen	11
Erzeugung: Zwischen Stromlücke und Stromlüge	15
Transport: Im Netz der großen Vier	19
Vertrieb: Wer gewinnt auf den letzten Metern?	23
3. Die Kehrseite der Konzernprofite	27
Unökologisch: Zwischen Pest und Cholera	27
Unsozial: Nix mit Fairness aus der Steckdose	34
Undemokratisch: Schwungvoll durch die Drehtür	37
4. Aus der Vogelperspektive: Energie global	42
Blackout: Energiearmut weltweit	42
Europa sucht den Superkonzern	46
Der fossilistische Kapitalismus im Wandel	51
5. Alternativen	56
Stromrebelln	56
Energieautonomie – Bürgerkraftwerke und die dezentrale Förderung Erneuerbarer Energien	59
Soziale Grundversorgung mit Strom	62
Versorgung zurückerobern:	
Rekommunalisierung im Trend	64
Enteignen – darf man das?	66
Zerlegen – aber anders als die anderen	71
In viele kleine Einheiten überführen, die demokratisch kontrollierbar sind	73
Den gordischen Knoten zerschlagen? Öffentliche Daseinsvorsorge konsequent gedacht	76

6. Den Stromkonzernen den Stecker ziehen!	79
Bisherige Erfolge von Aktionen und Bewegungen gegen die Stromkonzerne	80
Widerstands-Nachrichten aus aller Welt	86
Eigene Handlungsmöglichkeiten	88
Anstelle eines Fazits: Stromversorgung im Jahr 2030	91
Weiterlesen und Weitermachen	93

1. Einleitung

Deutschland im Jahr 2008 steht Kopf. Was haben bloß alle gegen diese Stromkonzerne? Wulf Bernotat, seines Zeichens Chef von E.ON, Deutschlands größtem Stromversorger, bringt es auf den Punkt. Auf die Frage, ob es ihn ärgere, dass die großen Stromversorger bei den Bürgern als Abzocker verschrien seien, gab er in der BILD zum Besten: »Und wie! Deshalb versuchen wir ständig, den Menschen zu erklären: Der Vorwurf der Abzockerei ist ungerechtfertigt. Bei einem normalen Energieverbrauch kostet der Strom einer dreiköpfigen Familie täglich etwa so viel wie eine Kugel Eis pro Kopf!«

Endlich einer, der die Verhältnisse gerade rückt. Was regen sich die Leute auf über einen Klimawandel, der das Meer um einen läppischen Meter ansteigen lässt, wo es doch an seiner tiefsten Stelle 10.000 Meter misst? Einige Gutmenschen beschwerten sich, dass 840.000 Haushalte in Deutschland vom Strom abgeklemmt werden, weil sie ihre Rechnung nicht bezahlen können. Aber in Uganda haben gerade mal 840.000 Menschen überhaupt einen Stromanschluss.

Wo ist das Problem, wenn vier Konzerne jährlich zehn Milliarden Euro Gewinn einstreichen? Ähnlich viel würde den sieben Millionen Hartz-IV-EmpfängerInnen in die Taschen gestopft, wenn man ihren Regelsatz von 350 auf 420 Euro anheben würde. Alles eine Frage der Perspektive.

Den einen oder die andere erinnern solche logischen Argumente vielleicht an Alices Reise durch das Wunderland. Doch diese Welt liegt nicht hinter den Spiegeln. Sie beginnt hinter jeder unserer Steckdosen – und wird nahezu uneingeschränkt beherrscht von den vier großen Stromkonzernen: E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Das einzige Gesetz, das dort Geltung hat, heißt: »Vier gewinnt!« Von diesem Reich handelt dieser Attac-BasisText. Und er bezieht eine klare Position: Wer für eine soziale, ökologische und demokratische Energieversorgung eintritt, muss die Eigentumsverhältnisse im Vierstromland in Frage stellen. Die vier Riesen müssen weg!

Nach einer Einführung in das Who is Who und die Funktionsweise dieses wundersamen Landes (Kapitel 2) wollen wir den vielen Ungereimtheiten dort auf die Spur gehen (Kapitel 3). Auch ein Blick über den Tellerrand dieses Reiches zeigt, dass Stromkonzerne keine Lösung für die weltweite Zukunft der Energieversorgung sind (Kapitel 4). Zum Glück sind viele Alternativen denkbar, wie die Stromversorgung ganz anders organisiert werden könnte (Kapitel 5). Und viele Menschen haben schon angefangen, für sie zu kämpfen und sie zu verwirklichen (Kapitel 6). Denn nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.

Dieses Buch ist weder ein umfassendes Kompendium zur Energiepolitik noch ein Masterplan für die andere Welt. Aber es will zeigen, dass eine Welt ohne Stromkonzerne nötig und möglich ist. Klingt unrealistisch? Aber was sind denn schon 100 Jahre Stromkonzerne? 100 Jahre sind etwa 1,5 Promille der Zeit, seit Menschen mit dem Feuer die erste kollektive Energieversorgung entdeckt haben. Es scheint, als wäre die Menschheit die meiste Zeit gut ohne Stromkonzerne ausgekommen. Wie gesagt, alles eine Frage der Perspektive.

6. Den Stromkonzernen den Stecker ziehen!

Die Kampagne »Power to the people – den Stromkonzernen den Stecker ziehen« fordert eine konzernfreie, ökologische, demokratische und soziale Stromversorgung. »Power« bedeutet sowohl Strom als auch Macht. Attac startete die Kampagne Anfang 2008 und will, dass E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall enteignet, zerlegt und in viele kleine Einheiten überführt werden, die demokratisch kontrollierbar sind. Das globalisierungskritische Netzwerk stellt damit die Eigentumsfrage – und macht deutlich, dass es auch darum geht, aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Menschen zu entwickeln. Denn es wäre kontraproduktiv, unkritisch auf Staatskonzerne zu setzen.

Die Kampagne wendet sich nicht mit der Bitte um Korrekturen der bisherigen Arbeit an die Stromkonzerne. Diese stehen mit ihrem einseitigen Profitinteresse und ihren gigantischen Machtstrukturen einer konsequenten Energiewende grundlegend entgegen. Anhand der Stromkonzerne zeigt sich bilderbuchmäßig, wie die Umverteilung von unten nach oben heute funktioniert. Durch das Buch hindurch finden sich genug Gründe, die Konzerne selbst abschaffen zu wollen.

Die Kampagne macht auch deutlich, welche verhängnisvolle Rolle die Politik bei der Energieversorgung spielt. Bis zur EU-Ebene gibt es zwar Kritik am Fehlen echten Wettbewerbs durch die Oligopole, ansonsten aber haben die Nationalstaaten ebenso wie die EU die Konzerne längst zum Bestandteil ihrer weltweiten Energiesicherheits-Politik gemacht.

Die Kampagne »Power to the people« geht mit farbenfrohem Protest und weitgehenden Forderungen auf die Straßen, ins Netz und zu den Aktionärsversammlungen der Großkonzerne. Heute erscheint es utopisch, das Ende der Stromriesen zu fordern. Aber weitaus weniger wahrscheinlich ist es, dass mit den Konzernen die Stromversorgung sozial, ökologisch und demokratisch wird. »Power to the people« ist Kampagnenslogan und

Vision. Neben dem »Nein« zu den großen Stromkonzernen steht eine Einladung zur gemeinsamen Gestaltung der Energieversorgung der Zukunft.

Bisherige Erfolge von Aktionen und Bewegungen gegen die Stromkonzerne

Zum Glück gibt es von zahlreichen Erfolgen zu berichten, die Menschen gemeinsam auch gegen die Übermacht der großen Stromkonzerne erringen konnten – einige davon gerade in der letzten Zeit. Die Nachrichten aus dem Widerstand sollen Mut machen und Lust zur weiteren Auseinandersetzung. Es ist vieles möglich, wenn Menschen sich zusammentun, um den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen! Jeder gewonnene Kampf erweitert auch die Handlungsmöglichkeiten – ein grundlegender Wandel der Energieversorgung ist möglich!

Kohlekraftwerke gestoppt: Während Menschen und Medien täglich vom Klimawandel sprachen und Bundeskanzlerin Merkel sich beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 als Klimaqueen feiern ließ, planten Energiekonzerne in der Bundesrepublik mehr als 25 neue Kohlekraftwerke. Doch der Widerstand gegen diesen Wahnsinn zeigt Wirkung:

In *Ensdorf* wurden die Planungen für eine Erweiterung des Kohlekraftwerkes um 1.600 Megawatt gestoppt. Ein Aktionsbündnis hatte informiert und gegen die Pläne von RWE protestiert, eine Bürgerbefragung mit einem eindeutigen Ergebnis gab schließlich den Ausschlag: 70% der Ensdorfer wollten keinen neuen Klimakiller.

In *Bremen* erklärte das »Bündnis für Klimaschutz« den Kohlekraftwerksbauplänen für Mittelsbüren eine klare Absage. Fünf Millionen Tonnen zusätzliches CO₂ wollen die Verantwortlichen in Kauf nehmen. Im August 2007, nach etwa einem halben Jahr breiter Proteste, verkündete die SWB (frühere Stadtwerke Bremen) im August 2007 das Ende des Projektes. Ihre Begründung: Die Kosten drohten zu explodieren.

Im Januar 2008 beendete der Essener Konzern Evonik die Planungen für ein Kohlekraftwerk in *Herne*. Auch hier lautete die

Begründung mangelnde Wirtschaftlichkeit wegen hoher Kosten, aber auch hier hatte der Protest der Menschen vor Ort Erfolg.

In *Kiel* liegen die Pläne für ein neues KKW nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie einem Wechsel im Rathaus von Schwarz-Grün zu Rot-Grün endlich auf Eis. Aber nicht zuletzt die aufmüpfige Bürgerinitiative unter Beteiligung der lokalen Attac-Gruppe hat dieses Projekt zu Fall gebracht.

Bürgerbegehren stoppt die Privatisierung: Die Leipziger Stadtwerke sind ein großer Betrieb mit mehreren Töchtern auch in Osteuropa. Ein solcher Energieversorger ist attraktiv für Investoren. Schon bei der Neugründung der Stadtwerke 1992 hatte RWE einen 40%-Anteil. Allerdings gab es zahlreiche Konflikte und die Stadt kaufte 1995 ihre 40% zurück. Ein weiterer Verkauf fand statt und wurde mit großem Verlust für Leipzig rückgängig gemacht. 2007 spitzte sich der Konflikt erneut zu: EdF, Europas größter Atomkonzern aus Frankreich, wollte 49,9% der Leipziger Stadtwerke übernehmen.

Ein breites Bürgerbündnis organisierte den Protest. Attac und ver.di, Umweltverbände, Die LINKE, Grüne, zahlreiche lokale Betriebe und viele andere Gruppen machten die Privatisierung in Leipzig zu einem breiten Diskussionsthema. Schnell kamen ausreichend Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammen. Am 27. Januar 2008 schließlich gingen 41% der Leipziger zum Bürgerentscheid und erteilten mit einer klaren Mehrheit von 87% der Übernahme durch EdF eine Absage.

Netzzrückkäufe: Das Stromnetz kann auch nach Jahren in Konzernhand wieder zurückgehen an Kommunen, die mit dem Geld lieber die Lebensqualität vor der Haustür erhöhen anstatt die Renditen ferner Aktionäre. Der deutsche Städte- und Gemeindebund schätzt, dass derzeit 1.500 bis 1.800 der rund 13.000 Städte und Gemeinden Eigentümer oder Miteigentümer des kommunalen Strom- oder Gasnetzes sind.

Wolfshagen im Harz kaufte fünf Kilometer Hochspannungsnetz und 80 Kilometer Niederspannungsleitungen von E.ON zurück. Die Gemeinde errichtete einen eigenen Windpark und

produziert heute mehr Strom, als die 2.500 EinwohnerInnen verbrauchen.

Im hessischen *Bad Vilbel* bewirtschaftet die Kommune seit 2000 das 170 Kilometer lange Stromnetz, das sie von E.ON übernahm. Zehn weitere Kilometer, die die Vorstadt Gronau versorgen, sollen hinzugekauft werden. Doch der Konzern blockt juristisch ab und bummelt. Der Bad Vilbeler Versorgungschef Klaus Minkel konstatierte: »Die wollen die Macht behalten.«

Als die Stadt *Bergkamen* im Ruhrgebiet das Stromnetz vom RWE-Vorgänger VEW übernahm, blieben die Konditionen lange strittig. Bevor die Stadt jedoch vor Gericht gehen konnte, lenkte der Konzern ein, weil er kein Interesse daran hatte, Details zur Stromversorgung öffentlich zu verhandeln. VEW einigte sich mit der Kommune erst Jahre nach der Übernahme auf den endgültigen Kaufpreis und bestand auf Geheimhaltung der Summe. Inzwischen kämpft die streitbare Gemeinde darum, auch die Wasserversorgung wieder in die eigenen Hände zu bekommen und Gelsenwasser »Ade« sagen zu können.

In der Stadt *Nümbrecht* (17.000 Einwohner) im Regierungsbezirk Köln rechneten die Verantwortlichen nach: Sie wollten keine hohen Gebühren mehr an RWE für das örtliche Verteilnetz abführen und beschlossen den Rückkauf. Es gelang nach mehr als zehnjährigen Auseinandersetzungen. Der Konzern ließ sich veraltete Anlagen mit gutem Geld bezahlen, umfangreiche Investitionen waren notwendig, um die Versorgung der BürgerInnen sicherzustellen. »Die Gemeindewerke Nümbrecht sind ein lokales Unternehmen, welches der Gemeinde Nümbrecht gehört. Das bedeutet, dass alle finanziellen Gewinne (und die Gewerbesteuer!) in unsere Gemeinde zurückfließen, und dass die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Gemeinde angesiedelt sind. Gewinne, die sonst für einen großen Konzern entstanden, können nunmehr sinnvoll in der Gemeinde Nümbrecht genutzt werden. Inzwischen können die Gemeindewerke Nümbrecht Aufgaben übernehmen, für die in der Kommune keinerlei Mittel mehr vorhanden sind ...« (Zitat der Homepage der Gemeindewerke) Das Unternehmen in Gemeindebesitz erwirtschaftet in der Regel einen jährlichen Gewinn zwischen 150.000 und 200.000 Euro

und führt mehr als 150.000 Euro Gewerbesteuer an die Kommune ab.

100% eigenständig bei der Energieversorgung: 2004 gründeten Bürgerinnen und Bürger des kleinen Ortes Jühnde bei Göttingen eine Genossenschaft und verkündeten ihren Plan, das ganze Dorf von Öl und Gas sowie der Atomkraft unabhängig zu machen. Die knapp 1.000 EinwohnerInnen haben es geschafft: Windkraftanlagen und Kraft-Wärme-Kopplung, eine eigene Biogasanlage und Investitionen an den Häusern haben das Dorf unabhängig von den großen Konzernen gemacht und zum bundesweiten Vorzeigeprojekt für ein ländliches Energiekonzept ohne Kohle und Atom. Inzwischen gibt es über ein Dutzend Dörfer, die sich zu hundert Prozent mit erneuerbarer Energie versorgen. Auch die Städte Emden, Kassel, Nürnberg und Wolfhagen haben sich zu Ökostrom-Städten erklärt. Hier ist allerdings die Frage, inwieweit durch den Zukauf von RECS-zertifiziertem Strom wieder Wasser in den Wein zu gießen ist. Nur Wolfhagen schließt in seinem Ökostrom-Konzept solchen »Schummelstrom« konsequent aus.

Schönau – von Stromrebelln zu bundesweiten Stromanbietern: Nach der Reaktorkatastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl entstand auch im Schwarzwald in der Stadt Schönau eine Bürgerinitiative. Die Gruppe nannte sich »Eltern für atomfreie Zukunft«. Schon 1987 organisierte sie den ersten Schönauer Stromsparwettbewerb. Lange Zeit legte die Initiative vor allem kreative Ideen vor. Da sich aber der Strommonopolist KWR nicht um deren Umsetzung kümmerte, beschlossen die Bürger den auslaufenden Konzessionsvertrag zu nutzen und dem Gemeinderat selbst ein Angebot vorzulegen. Als dieser ablehnte, strengten die Aktivisten 1991 einen Bürgerentscheid zur Übernahme des Stromnetzes an, den die Bürgerinitiative für sich gewinnen konnte. 1996 versuchte sich die Gegenseite mit einem Bürgerbegehren, das durch die politisierten SchönauerInnen abgewiesen werden konnte. Gleichzeitig startete die bundesweit ausgelegte Kampagne der Schönauer »Ich bin ein Störfall«, mit

der die Stromrebelln etwa 2 Millionen Mark für den Kauf des Netzes zusammen bekamen. 1997 übernahmen die Elektrizitätswerke Schönau als erster Netzbetreiber aus der Anti-Atom-Bewegung die Stromversorgung in Schönau. 1999 konnte die EWS bundesweit den Ökostrom »Watt Ihr Spart« anbieten. Die EWS sind international als Beispiel für eine gelungene Bürgerinitiative für eine andere Energieversorgung bekannt geworden. Die Elektrizitätswerke erweiterten sich, investierten ständig in weitere regenerative Energien und gewannen erst im Jahr 2005 den jahrelangen Prozess gegen die Kraftübertragungswerke (inzwischen Energiedienst), von denen sie die Netze gekauft hatten.

Anti-Atom-Bewegung: Wer kennt sie nicht, die rote Sonne auf gelbem Grund? Sie ist Symbol der Anti-Atom-Bewegung und begleitete mit ihrem »Atomkraft? Nein Danke!« Tausende von Menschen durch widerständige und teilweise sehr erfolgreiche Aktionen. Ziel der Anti-Atom-Bewegung ist der sofortige Atomausstieg. 1975 fanden die ersten großen Protestaktionen an der Baustelle für das geplante Atomkraftwerk Wyl in Baden-Württemberg statt. Der Platz wurde zweimal besetzt, ab dem 25. Februar für volle acht Monate. Die Planungen für das AKW wurden eingestellt. In die Wohnzimmer flimmerte in den Folgejahren auch der Protest gegen das AKW Brokdorf, den Schnellen Brüter und ab 1985 gegen die »Wiederaufarbeitungsanlage« (WAA) Wackersdorf. Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl trug zur Zuspitzung des Konflikts bei. Die WAA war gegen den Protest von zuletzt über 100.000 Menschen nicht mehr durchzusetzen und wurde ebenfalls nicht gebaut. Insgesamt wurde das geplante Atomprogramm aufgrund des breiten Widerstandes deutlich gekürzt.

Ein wichtiges Moment der Anti-Atom-Bewegung ist der Widerstand gegen den Transport von Atommüll. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg, besser bekannt als Wendland, wurde zum Kristallisationsort der Bewegung und die Castor-Transporte per Bahn und LKW zum »Zwischenlager« zu großen Widerstandswochen mit bundesweiter Ausstrahlung. 1979 erreichte ein riesiger Traktoren-Treck aus dem Wendland die Landeshauptstadt



Am 9. Juli demonstrierten Attacies am Deutschen Atomforum in Berlin. Gleichzeitig tagte in Japan der G8-Gipfel und formulierte Bekenntnisse für Atomkraft (Foto: Karin Seiffert-Abouzied).

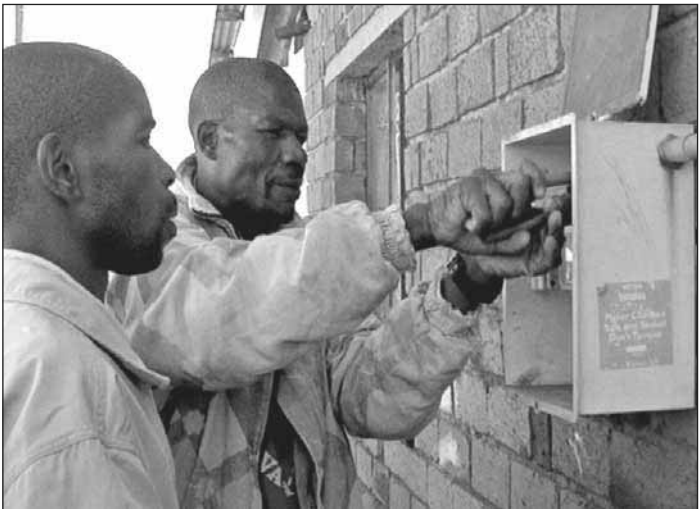
Hannover und forderte den Stopp der Erkundungen des Salzstocks in Gorleben für ein Endlager. Im Mai 1980 wurde der Wald beim Zwischenlager im Wendland besetzt und die »Republik Freies Wendland« ausgerufen, der bundesweit Tausende sich zugehörig fühlten, während im Hüttendorf bis zur Räumung nach einem Monat 300 bis 5.000 Menschen miteinander lebten und ihren Protest weiter entwickelten.

Im Jahr 1997 fuhr zum dritten Mal ein Atommülltransport ins Wendland und wurde von über 9.000 Menschen blockiert, die den Castor in einer gewaltfreien Sitzblockade über 52 Stunden aufhielten. 1998 kam die rot-grüne Bundesregierung an die Macht, von der viele einen schnellen Atomausstieg erwarteten. Dieser »Atomkonsens« kostete die Bewegung einiges an Kraft, weil gerade aus dem grünnahen Spektrum viele Menschen auf die staatliche Lösung hofften. Angesichts der fürchterlichen Debatte über eine »Renaissance der Atomkraft« und der Kampa-

gne »ungeliebte Klimaschützer« des Deutschen Atomforums erwartet die Anti-Atom-Bewegung wieder viele Menschen mehr zu den nächsten angekündigten Castor-Transporten.

Widerstands-Nachrichten aus aller Welt

Soweto Electricity Crisis Committee: Für viele Menschen in Südafrika bedeuten die hohen Energiepreise den Ausschluss von der Stromversorgung. 2000 gründete sich deshalb das Soweto Electricity Crisis Committee (SECC). Es begann mit Demonstrationen und Aufklärungsveranstaltungen. Der Forderung nach einer kostenlosen Grundversorgung mit Strom und die Streichung von Stromschulden privater Haushalte unterstreicht die Gruppe mit Elektriker-Werkzeug, indem sie abgeklemmte Haushalte wieder an das Netz anschließt. Die »Operation Kanyisa! Reconnect the Power!« (*Kanyisa* heißt auf Zulu ungefähr *erleuchten* oder *beleuchten*) wirbelte viel Staub auf, brachte allerdings die Aktivisten teilweise auch in Lebensgefahr, weil der südafrikani-



Das SECC in Aktion. Aus dem Film: »Der große Ausverkauf«

sche Stromkonzern ESKOM sie brutal verfolgen ließ. Die südafrikanische Regierung ging schließlich zum Teil auf die Forderungen ein und beschloss eine geringe Grundversorgung von 50 Kilowattstunden pro Haushalt und Monat, was aufgrund zahlreicher Probleme aber nicht durchgehend umgesetzt wird. Das SECC streitet weiterhin auch für demokratische und dezentrale Stromversorgung und für Erneuerbare Energien statt Kohle und Atom. Die Organisation begreift sich als Teil der globalen sozialen Bewegungen.

Sacramento: Die Hauptstadt Kaliforniens hat nun schon seit mehreren Jahrzehnten eine tatsächlich demokratisch organisierte Stromversorgung. Die Bürgerinnen und Bürger der 460.000-Einwohner-Stadt wählen bei den Kommunalwahlen die Leitung ihrer Stadtwerke und stimmen über grundlegende Sachentscheidungen direkt ab. So kam es früh zum Atomausstieg in Sacramento. Die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen stimmte für die Stilllegung des nahegelegenen Atomkraftwerks. Wenige Tage nach der Entscheidung war es vom Netz. Strommix und Sozialverträglichkeit des Stromversorgers SMUD übertrifft heute deutlich die anderer Energieversorgungsunternehmen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Sacramento zeigt: Beispiele demokratischer und dezentraler Stromversorgung gibt es schon heute und sie funktionieren.

Klimacamps: 2006 fand in Großbritannien erstmals ein *Camp for Climate Action* statt. Im Schatten des größten britischen Kohlekraftwerkes campierten mehrere hundert Menschen, diskutierten über die gesellschaftlichen Ursachen des Klimawandels, probierten selbst Wind- und Sonnenenergie aus und organisierten eine Blockade des Kraftwerks. Das Projekt errang große Aufmerksamkeit in den Medien und der Bewegung. Schon 2008 gab es deshalb weltweit mehrere Klimacamps, auch in Deutschland. In Hamburg protestierten die Klimacamper unter dem Motto »Für ein ganz anderes Klima« mit tatkräftiger Unterstützung eines antirassistischen Camps vor allem gegen das geplante Kohlekraftwerk Moorburg. Im Rahmen des Camps gelang es Akti-

visten, von einem Kran der Baustelle ein Transparent herunterzulassen mit der Aufschrift »Energiekonzerne enteignen!«. Ob das Camp der Beginn einer unabhängigen Klimabewegung war, wird sich noch zeigen müssen. Auf jeden Fall ist es gelungen, die Kohlefrage in Deutschland an diesem Beispiel politisch zuzuspitzen. Auch wenn der öffentliche Druck auf die schwarz-grüne Regierung in Hamburg deutlich gewachsen ist, erteilte sie dennoch kurz nach dem Camp Vattenfall die endgültige Baugenehmigung für das Kohlekraftwerk in Moorburg.

Eigene Handlungsmöglichkeiten

Das vorherige Kapitel hat vielleicht schon Lust gemacht auf eigene Betätigung. Natürlich beginnen auch große Projekte mit kleinen Schritten und der Umbau der Energieversorgung mit ersten Recherchen und »Testballons«, wie Argumente und Alternativen ankommen. Einiges wurde schon gesagt über politisierte Stromwechselfestivals, den Widerstand gegen Kohlekraftwerke und den Kampf für eine soziale Stromversorgung. Hier sollen noch zwei vielversprechende Ansätze für die Strategiefindung vor Ort beschrieben werden.

Kreative Diskussions-Einladungen: Die Attac-Stromkonzernkampagne hat mit einigen kreativen Aktionen gezeigt, wie das sperrige Thema auf die Straßen und Plätze zu holen ist: Da kamen die »vier unheiligen Könige« kurz vor dem 6. Januar 2008 nach Berlin und brachten als Gaben Strompreiserhöhungen, politische Manipulation, Atommüll und Klimawandel mit. Cheerleader tanzten mit bunten Schaumstoffwedeln und feuerten bei einem außerplanmäßigen Energiegipfel der Bundeskanzlerin die Regierungschefin an, das Stromnetz endlich in öffentliche Hände zu geben.

Mit übergroßen Euromünzen wiesen Aktivisten bei den Hauptversammlungen von RWE und E.ON auf »die Kehrseite der Medaille« der dort gefeierten Riesen-Gewinne hin. Bei der Attac-Aktionsakademie in Heidelberg kam es zu einem wahren Aktions-Feuerwerk: Im Straßentheater drehten die Schauspieler in einer menschlichen Drehtür ihre kennzeichnenden Kopfbedeckungen von »Politik« auf »Stromwirtschaft« und wieder zurück.



Auftaktaktion der Kampagne »Power to the people«. Anfang Januar 2008 kamen »vier unheilige Könige« zu den Menschen und zur Hauptstadt-Niederlassung von RWE (Foto: Attac)

Am Infostand in Mannheim konnten BürgerInnen ausprobieren, wie es sich anfühlt, den Stromkonzernen einen übergroßen Stecker zu ziehen. (Noch größer fiel allerdings der Schaumstoffstecker aus, den Attac Braunschweig bastelte und der die Band »Wir sind Helden« auf der Frühjahrstournee 2008 begleitete). Am Ende einer Demonstration gegen das Kohlekraftwerk in Mannheim kletterten plötzlich »Eisbären« mit eindeutigen Plastikmasken über den Zaun des Großkraftwerkes und ein besonders fixes Exemplar erklimmte eine Abraumhalde vor dem beeindruckenden Industriekomplex, um dort ein riesiges Banner mit dem Spruch: »Keine Kohle für Klimakiller« auszubreiten.

Direkte Demokratie, Bürgerbegehren ziehen Stromkonzernen den Stecker: Anders als bei Unterschriftensammlungen, die nur auf die Aufmerksamkeit der EmpfängerInnen hoffen können, ermöglichen Bürgerentscheide verbindliche Einmischungen in Entscheidungen vor Ort. Beim Bürgerentscheid sind alle



Am 17. April 2008 vor der RWE-Hauptversammlung in der Essener Gruga-Halle. Die Münzen zeigen auf einer Seite die RWE-Rendite, auf der Rückseite die »Kehrseite der Medaille« (Foto: Jakob Huber)

Wahlberechtigten eines Ortes aufgerufen, ihre Stimme zu einer Sachentscheidung abzugeben. Oft sind diese Entscheide am selben Tag wie Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen, sie können aber auch dazwischen stattfinden. Dem Bürgerentscheid geht meist ein Bürgerbegehren voraus, in dem eine festgelegte Anzahl von Menschen (das variiert von Bundesland zu Bundesland) eines Ortes ihr Interesse an dem Thema bekunden müssen. Dann kann das kommunale Parlament das Anliegen der BürgerInnen einfach umsetzen oder einen eigenen, anderen Vorschlag dem entgegen stellen oder einfach so zum Entscheid über die aufgeworfene Frage einladen. Ein Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn ausreichend viele Menschen sich an der Abstimmung beteiligen (auch das ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt) und wenn die Mehrheit der Forderung zustimmt.

Der Verein Mehr Demokratie e.V. arbeitet seit Jahren an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerentscheide und bietet auf seinen Internetseiten umfangreiche Infos zur Rechtslage in jedem Bundesland und zu Erfahrungen mit der Direkten Demokratie. Der Verein »Bürger Begehren Klimaschutz« hat sich den Klimaschutz zum besonderen Anliegen gemacht und hilft, wenn es darum geht, konkrete Veränderungen hin zu klimafreundlicher Politik und regenerativer Energieversorgung zu erstreiten – zum Beispiel, wenn in einer Stadt die Konzessionsverträge nach 20 Jahren wieder einmal auslaufen.

Das ist eine gute Gelegenheit für jede Kommune, sich von den vier großen Stromkonzernen loszusagen. Allein die öffentliche Diskussion, die ein Bürgerbegehren begleitet, ist für die großen Vier ein Gräuel. Sie schätzen es, wenn die Verträge sang- und klanglos und ohne großen Wirbel zu ihren Gunsten verlängert werden. Es ist deshalb sehr gut zu wissen, wann diese Termine in der Stadt wieder einmal anstehen. Aber auch drohenden Privatisierungen können BürgerInnen mit einem Entscheid entgegen wirken, wie das Beispiel aus Leipzig zeigt. Und in einigen Bundesländern ist es sogar möglich, Klimaziele für die Arbeit der Kommune per Bürgerbegehren durchzusetzen und damit die Politik der Stadtwerke für viele Jahre zukunftsfreundlich zu beeinflussen.

Anstelle eines Fazits: Stromversorgung im Jahr 2030

Heute hat Mujib Ahmed einen vollen Terminkalender. Abends legt er auf der Technoparty eines Kulturprojektes in einem leerstehenden Düsseldorfer Bürogebäude auf. Aber zwischendurch muss er noch zur Abstimmung in die nahegelegene Schule: Die Bürger und Bürgerinnen müssen entscheiden, ob mit den angesparten Finanzmitteln ein großes Photovoltaik-Projekt am Rande von Düsseldorf gebaut werden soll. Die Stadt könnte sich dann vollständig selbst mit Ökostrom versorgen, anstatt ihn von den norddeutschen Windkraftparks zu beziehen. Mujib wird mit Ja stimmen, damit nicht noch mehr seiner Freunde und Verwandten Bangladesch wegen des steigenden Meeresspiegels verlassen müssen, wie seine Familie es vor 15 Jahren getan hat. Der

erst vor einem Jahr neu gewählten Chefin des Stadtwerks vertraut er, dass sie die Entscheidung der Menschen konsequent umsetzen wird. Denn sie hat gleich zu Beginn ihrer Amtszeit die kostenlose Grundversorgung mit Strom erhöhen lassen. Weil Mujib in seiner Niedrigenergie-Wohnung sehr bewusst mit seinem Energieverbrauch umgeht, muss er für seinen Strom seit der Erhöhung nichts mehr bezahlen. Jetzt kann er sich mit seinen DJ-Aufträgen wie heute Abend einigermaßen selbst finanzieren. Der Projektleiter der Kulturinitiative hat ihm erzählt, dass das Gebäude früher einem großen Stromkonzern gehörte, bevor er auf den massiven Druck der Bewegung im letzten Jahrzehnt hin enteignet wurde. Weil die Stadt mit einem so großen Haus zur Zeit nichts anfangen kann, hat sie es bis auf weiteres sozialen und kulturellen Initiativen zur Verfügung gestellt. Wie der Konzern hieß? – E.ON oder so ähnlich.